

essenvertretung der Stadtgemeinden rechnet infolgedessen mit einer Finanzierungslücke von 1 Milliarde Euro, selbst wenn die Maßnahmen des Bundes in Form des 1. und 2. Gemeindepakets miteinbezogen werden. Geld, das den Kommunen für wichtige Investitionen in Hinblick auf Herausforderungen wie den demografischen Wandel oder den Klimawandel fehlt. Als Überbrückung dieser Finanzlücke wird vom Österreichischen Städtebund im Zuge des 70. Städtetags unter anderem von der Bundesregierung gefordert, das erfolgreiche Kommunale Investitionsgesetz mit zusätzlichen 500 Mio. Euro um ein weiteres Jahr zu verlängern.

zu finden – da ist es aus meiner Sicht total wichtig, dem Beruf endlich den notwendigen Stellenwert zu geben. Eine einheitliche Regelung über ganz Österreich, gesellschaftliche Anerkennung und natürlich damit verbunden mehr Einkommen wären hier wichtige Punkte. Außerdem gehört an den Gruppenhöchstzahlen gearbeitet – teilweise sind derzeit über 20 Kinder in einer Gruppe. Solche Bedingungen halten Menschen natürlich auch davon ab, diesen Beruf anzustreben“, resümiert Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) und spricht im selben Atemzug den Personalnotstand in der Altenpflege an. Auch hier brauche

Foto: Robert Rubak



„Das zweite Hilfspaket der Regierung für die Gemeinden ist eine Mogelpackung! Es hilft den österreichischen Gemeinden nicht wirklich, sondern lässt sie ein weiteres Mal im Stich“, kritisiert Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion (im Bild mit Mitarbeiterin Monika Wipplinger).

Personalmangel als weiteres Problem

Ein weiteres Problem, mit dem sich die Städte und Gemeinden konfrontiert sehen, ist der Personalmangel im Bereich der Pflege und der Elementarpädagogik. Beim 70. Städtetag in St. Pölten forderte Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) deshalb auch mehr Mittel, um die Arbeitsbedingungen der Pfleger*innen zu verbessern, auch mehr Betreuung für Kleinkinder wird von Bürgermeister Ludwig gemeinsam mit seinen Kollegen Matthias Stadler (SPÖ) aus St. Pölten und Thomas Steiner (ÖVP) aus Eisenstadt gefordert.

In Trofaiach merkt man den Personalmangel schon lange. „Pädagog*innen und Betreuer*innen sind schwer

es Maßnahmen, um die Ausbildung attraktiver zu gestalten und den Pfleger*innen die Anerkennung zukommen zu lassen, die ihnen zusteht.

Für den Bürgermeister der Stadtgemeinde in der Steiermark ist jedenfalls klar, dass es eine neue Form des Zusammenhalts zwischen Bund und Ländern – Stadt und Land geben muss. „Jedes Gesetz, jede Idee, jede Vorschrift vom Bund muss in den Kommunen umgesetzt werden. In der Kommune ist die Politik am lebensnächsten, dort müssen die Dinge finanziert werden und dort sind die Leute zufrieden oder nicht. Wenn die Geldmittel für wichtige Investitionen fehlen, dann wird die Stimmung im Land nicht unbedingt besser werden“, schließt er.



Sabine Vogler
Amnesty-Netzwerk
Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte



China

In Haft wegen Berichten aus Wuhan

Im Februar 2020 reiste die 38-jährige Menschenrechtsverteidigerin Zhang Zhan nach Wuhan, um im Zentrum des Covid-19-Ausbruchs vor Ort zu recherchieren. Sie dokumentierte leere Geschäfte, überfüllte Krankenanstalten und Krematorien im Dauerbetrieb, während die Behörden behaupteten, die Pandemie unter Kontrolle zu haben. Auf Onlineplattformen berichtete sie über die Inhaftierung unabhängiger Reporter*innen und über Schikanen gegen Familienangehörige von Opfern, die von den Behörden Auskunft forderten.

Am 14. Mai 2020 verschwand Zhang Zhan in Wuhan. Später gaben die Behörden bekannt, dass sie im über 640 Kilometer entfernten Shanghai in Polizeihaft gehalten werde. Am 28. Dezember 2020 wurde sie von dem Volksgericht des Bezirks Pudong in Shanghai zu vier Jahren Haft verurteilt, weil sie „Streit angefangen und Ärger provoziert“ hätte. Zhang Zhan wohnte dem Gerichtsverfahren im Rollstuhl bei, da sie von einem monatelangen Hungerstreik geschwächt war. Als Strafe für ihren Hungerstreik hatte sie über drei Monate Tag und Nacht Hand- und Fußfesseln tragen müssen.

Amnesty International fordert die unverzügliche und bedingungslose Freilassung der Menschenrechtsverteidigerin und angemessene medizinische Versorgung, da sich ihr Gesundheitszustand rapide verschlechtert hat. Mehr Informationen und die Aktion dazu finden Sie unter:

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>